

6. MRZ. 1952



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVII/53 - 3. März 1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 090

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 - 2 | <u>Zwischen Hektik und Schweigen</u>
Adenauers Entschlußlosigkeit - Beispiel Fall Kroll
Von Franz Barsig | 61 |
| 3 - 4 | <u>Der seltsame Fall Elmshorn</u>
Katastropheneinsatz - Wahlschlager in
Schleswig-Holstein ? | 62 |
| 5 - 6 | <u>Vor schwierigen Verhandlungen</u>
Schwedische Neutralität und die Europäische
Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan | 65 |
| 7 | <u>"Die blühenden Grenzen Asiens" (XII)</u>
Auge um Auge, Daunen um Daunen!
Die Helden im Dschungel von Laos sind müde
Von Erwin Erasmus Koch | 41 |

* * * *
* * *

Zwischen Hektik und Schweigen

Von Franz Barsig

Nur wenn es nach den Karnevalisten gehen würde, dann wäre Konrad Adenauer nach wie vor ein grosser alter Mann, ein schlauer Fuchs, voller Faserdrang und Schaffenslust. In Wirklichkeit sind ihm die Zügel der Politik in den letzten Monaten mehr und mehr aus den Händen geglitten und manche nach ungebührlich langen Schweigen dann getroffene hektische Entscheidung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das deutsche Staatsschiff nicht mehr von festen Händen gesteuert wird.

Die Angelegenheit Kroll ist trotz des Freitag-Telegramms ein Beweis dafür. Ein Regierungschef, der weiss, was er will, hätte es nicht zulassen dürfen, dass fast eine Woche lang ein öffentlicher Krieg zwischen dem Auswärtigen Amt und einem deutschen Botschafter tobt, also einem Beamten, der für die wahren Feinde der Bundesrepublik geradezu ein propagandistischer Leckerbissen sein muss. Wenn ein Regierungschef seine Botschafter nur noch durch die Veröffentlichung seines Rückruf-Telegramms zum Schweigen bringen kann, wenn er innerhalb einer Woche die zweifelsohne bestehenden Querelen im Auswärtigen Amt nicht abstellen kann, dann hat dieser Regierungschef zu viel an Autorität eingebüsst, als dass man diesen Vorgang mit Schweigen übergehen dürfte. Hier ist auf allen Seiten nicht diplomatisch, sondern amateur-stümperhaft vorgegangen worden.

Aber der Fall Kroll ist nur ein Symptom. Es gibt zahlreiche andere Beispiele, die immer wieder die Entschlusslosigkeit Adenauers beleuchten.

Sein Verteidigungsminister ist in die Fibag-Affäre verwickelt, die in anderen Ländern mit Sicherheit zur Demission des Ministers geführt hätte. Zumindest hätte jeder andere Regierungschef in einer halbwegs normal funktionierenden Demokratie eingegriffen und sich entweder vor den Minister gestellt oder notwendige Untersuchungen veranlasst. Konrad Adenauer aber schwieg lediglich gusseisern.

In der Bundesrepublik haben sich zwei Katastrophen ereignet, die Hunderte von Menschenopfern kosteten. In beiden Fällen hat es der Herr Bundespräsident für angeträcht gehalten, den Angehörigen durch persönliches Erscheinen sein Beileid auszudrücken. Der Chef der deutschen Regierung aber wurde nicht gesehen. Obwohl es eine Selbstverständlichkeit gewesen

wäre, dann wenigstens im Deutschen Bundestag für die Regierung zu sprechen, hörte man von Dr. Adenauer kein Wort, er überliess diese Angelegenheit seinem Vizekanzler.

Die Kontroversen zwischen der CDU und der FDP gingen über die Bühne, ohne dass sich der Regierungschef zu Wort meldete. In der Sozialpolitik herrscht zwischen den beiden Koalitionspartnern trotz aller Beteuerungen nach aussen ein heilloses Durcheinander, Adenauer findet es aber trotzdem nicht für nötig zu sprechen.

In wenigen Tagen werden wir nur noch einen Urlaubskanzler in Cadenabbia haben und dann wird die deutsche Politik, soweit sie amtlich gemacht wird, wieder in den Dornröschenschlaf sinken, sofern man nicht damit beschäftigt ist, die Abwesenheit Dr. Adenauers dazu zu benutzen, um seine eigene Position auszubauen und die der Konkurrenten zu schwächen.

Wo man hinblickt, es ist eine Bilanz der Untätigkeit und sie fällt so aus, weil der Regierungschef offenbar nicht mehr kann. Wenn dem aber so ist, dann sollte man endlich den Mut haben, das offen einzugestehen, anstatt dem Volke einen kraftstrotzenden und tatencurigen Helden vorzuspielen, wo in Wirklichkeit ein müder alter Mann die Zügel schleifen lässt.

Hier wird nicht der Mensch Adenauer kritisiert, denn in diesem hohen Alter ist es nur allzu selbstverständlich, dass die Intervalle zwischen Arbeit und Erholung immer kürzer werden. Dieser Mann aber hat aus eigenem Entschluss die vierte Kanzlerschaft angetreten und so muss er sich gefallen lassen, dass man Mißstände, die in seiner Person begründet liegen, auch beim Namen nennt. Die Aara Adenauer ist im Grunde genommen seit dem 13. August beerdet. Was wir heute registrieren ist lediglich, dass ein Mann und sein System sich künstlich selbst überlebt.

Der seltsame Fall Elmshorn

ha. - Es muß anerkannt werden, daß der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel ebenso energisch wie seine Ministerkollegen in Hamburg, Bremen und Niedersachsen während der Sturmflut und den Tagen darauf im Interesse der Bevölkerung tätig war. Es muß aber sehr kritisch hinzugefügt werden, daß der CDU-Landesvorsitzende von Hassel drauf und dran ist, diese seine Tätigkeit zur Wahlkampfpromaganda der CDU für die Kommunalwahl am 11. März in Schleswig-Holstein umzumünzen. Von den grotesken Dingen, die dabei in Überschwang der Gefühle passierten, soll die Rede sein.

Schon will der eifrige Parteichef in einer Kieler CDU-Versammlung mit Vizekanzler Erhard an der Seite über seine Eindrücke bei der Sturmkatastrophe an der Westküste berichten. Dabei hatte er wenige Tage zuvor auf die Fragen von Journalisten, wann denn nun dem Landtag Bericht erstattet werden solle, geantwortet: "Wir haben jetzt etwas anderes zu tun als Berichte für das Parlament zu machen". Erst als die Sozialdemokraten im Ältestenrat energisch wurden, erklärte sich der Regierungschef für den 12. März zu einem Bericht bereit. Dabei soll er aber auch nunmehr über den Zeitablauf der Sicherheitsmaßnahmen während der Flutkatastrophe berichten. Und da scheint manches nicht geklappt zu haben.

Da ist der seltsame Fall Elmshorn. Einige Tage nach der Flut berichtete der Regierungschef, erst jetzt habe er davon erfahren, daß Elmshorn überschwemmt worden sei. Er habe sich die Stadt vom Ebschraaker aus angesehen und Hilfsmaßnahmen angeordnet. Man muß wissen, daß Elmshorn sozialdemokratisch regiert ist und ja jetzt die Wahl vor der Tür steht. Man muß ferner wissen, daß der Bürgermeister der Stadt bei seinem Bemühen zu helfen in Schlamm und Hochwasser stecken geblieben war und die Aktion bereits flott anlief, als der elmshorner Spitzenkandidat der CDU, ein Dr. Poth, hinter Herrn von Hassel her telefonierte. Dabei geschah es dann, daß der gleiche Dr. Poth einen Hilfszug aus dem sozialdemokratisch regierten Kiel so gar nicht einsetzen wollte.

Ähnlich verlief die Sache mit den beiden Unfall-Hilfswagen des Arbeiter-Samariterbundes, für den die Katastropheneinsatzstelle des Herrn von Hassel in Kiel keine rechte Verwendung hatte. Eine groteske Übersteigerung mußten dann die Studenten der Kieler Universität erleben. Am Mittwoch Nachmittag nach der Flut besann man sich auf sie, die so großzügig ihre Hilfe angeboten hatten. Als es dann am nächsten Abend an die Westküste gehen sollte, kam für die 150 Studenten aus dem Landeshaus die Antwort: "Wir haben keine Fahrzeuge". Nun, die Studenten mieteten sich einen Autobus - und als das geschehen war, fand auch die Landesregierung für sie bei der Bundeswehr Fahrzeuge.

Manches ließe sich auch über die Vorplanung unter der Regierung des Herrn von Hassel berichten. Es gibt noch immer keine Katastrophewege hinter den Deichen und einige Umspannwerke wurden so tief angelegt, daß sie bei jeder Überschwemmung ausfallen müssen. Es gab da ferner seltsame Anweisungen, wonach Bundeswehrangehörige zuerst die Möbel von Prominenten in Sicherheit bringen sollten, was die leitenden Offiziere natürlich ablehnten. In Brunsbüttelkoog wurde erst zehn Minuten, bevor der Deich einen großen Einbruch erlebte, die Warnung an die Bevölkerung gegeben. Über die Frage, ob denn das Kabinett von Hassel in den zurückliegenden Jahren mit so großem Nachdruck Deichbaugelder förderte, wie es notwendig gewesen wäre, muß noch gesprochen werden.

Der Mitteilungen über seine großzügige Hilfe gab es viele aus dem Landeshaus des Herrn von Hassel. Hier sei aber der Inhalt eines anderen Fernschreibens an die Kommunalvertretungen mit folgendem erstaunlichen Inhalt abschließend zitiert: "Von einer allgemeinen oder gar formularmäßigen Feststellung dieser Schäden bitte ich vorläufig abzusehen, um bei den Beteiligten nicht etwa die Vorstellung eines Rechtsanspruches oder einer allgemeinen Entschädigungsaktion aufkommen zu lassen".

3. März 1962

Vor schwierigen Verhandlungen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Schwedische Regierungskreise sehen realistisch den Schwierigkeiten und Komplikationen entgegen, die sich aus dem Wunsch Schwedens ergeben, in ein Assoziierungsverhältnis zur EWG zu kommen. Man ist sich in Stockholm darüber im klaren, dass die wirtschaftlichen Fragen, die bei Verhandlungen mit der Europakommission in Brüssel zur gegebenen Stunde auf der Tagesordnung stehen werden, dem politischen Problemkomplex den Vorrang geben müssen. Und das politische Problem heisst einfach die ausserpolitische Neutralität Schwedens, für die die schwedische Bevölkerung jährlich 3,5 Milliarden Schwedenkronen an Verteidigungsaufwand ausgibt. Das sind 340 D-Mark pro Einwohner (gegenüber 290 D-Mark in der Bundesrepublik, berechnet nach dem neuen Wehr-Etat).

Es wäre falsch, damit zu rechnen, dass der aufrichtige Wille Schwedens, an einer gross-europäischen Wirtschaftsordnung teilzunehmen, dazu führen würde, dass die Schweden ihre Neutralitätspolitik auflockern oder sogar aufgeben wollten oder könnten. Grundsatz Nummer eins bei der Beurteilung der Lage Schwedens ist und bleibt die Neutralität - auch wenn es nicht gelingen würde, die Frage der Assoziation erfolgreich zu lösen. In der sehr lebhaften Debatte wird von Kreisen innerhalb der Oppositionsparteien darauf gedrängt, die schwedische Regierung solle ihre "halsstarrige" Neutralitätspolitik insofern auflockern, dass sie, falls notwendig, die volle Mitgliedschaft bei der EWG beantrage. Aber daran denkt die Regierung nicht, und man muss davon ausgehen, dass die Assoziierungslinie die endgültige ist. Das umso mehr, als sämtliche Oppositionsparteien in demselben Masse wie die sozialdemokratische Regierungspartei an der Neutralitätspolitik festhalten. Der Neutralitätsgedanke ist in Schweden fester verankert als je zuvor.

Gerade deshalb stellt man sich auf schwierigen Verhandlungen mit Brüssel ein und verhehlt nicht, dass es vorerst Enttäuschungen geben werde. In einer Zeit der weltpolitischen Spannungen werden die Schweden wahrscheinlich nicht damit rechnen können, allgemeines Verständnis für ihr Beharren auf Neutralität zu gewinnen. Man könnte so weit gehen und vermuten, dass es maßgebende Kreise innerhalb der EWG-Führung gibt, die

3. März 1962

eine Assoziierung Schwedens wie unter Umständen auch die der Schweiz und vielleicht Österreich als eine unerwünschte Schwächung der politischen Front betrachten. Umso mehr hoffen die Schweden, und arbeiten nach Kräften darauf hin, dass die Weltlage sich eines Tages in einer nicht zu fernen Zukunft entspannen wird. Somit würde es möglich sein, die Aussoziierungsfrage mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu sehen. Es kann beispielsweise der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein, dass die Einfuhr Schwedens aus Westdeutschland grösser ist als diejenige Frankreichs.

Dazu kommt noch, dass in einer Welt, wo die Mehrheit der Länder neutral oder nicht-verpflichtet ist, es auch für die Blockländer ein Vorteil sein kann, dass es eine Reihe kleiner allianzfreier Staaten gibt, die - wie zum Beispiel Schweden in der Congo - eine positive, aktive und für den Weltfrieden wichtige Rolle spielen. Solche Möglichkeiten - so empfinden es die Schweden - soll man nicht ausser acht lassen oder sogar unmöglich machen.

Auch in Schweden haben Sachverständige berechnet, wieviel es kosten würde, ausserhalb - d.h. in einer wirtschaftlichen Isolierung - zu stehen. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Schweden direkt 400 bis 500 Millionen Kronen einbüßen müsste, falls es zu keiner Assoziierung kommt. Diese Summe ist an sich nicht erschreckend gross, aber die indirekten Folgen würden sich daran zeigen, dass Schweden sich auch nicht an der europäischen Konkurrenz beteiligen könnte. Diese Eventualität und die Sorge, dass eine Übergangsperiode sich über mehrere oder vielleicht viele Jahre ausdehnen würde, haben Wirtschaftskreise in der Grossindustrie dazu bewogen, sich darüber Gedanken zu machen, ob es vielleicht nützlich wäre, Investitionen innerhalb der EWG-Länder zu machen, damit sie in Rarnen bleiben. Ein Beispiel dafür sind die britischen Wirtschaftstalente, die Niederlassungen auf dem Kontinent eröffnet haben.

Auch darum hofft man in Schweden, dass es doch trotz sicherlich komplizierter Schwierigkeiten zu einer vernünftigen Assoziierungsabmachung kommt.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (XII)

Auge um Auge, Daumen um Daumen!

Von Erwin Erasmus Koch

Bangkok, Februar/März 1962

Wir sind aus dem Dschungel, zunächst im Norden des Staates der Thai, dann aus dem Südosten zurückgekehrt. "Wir", damit meine ich wieder drei Deutsche und unseren Thai-Fahrer, einen Burschen, der jede Ecke dieses in der Hitze brodelnden Urwalds mit andauernd kreischenden Gibbonaffen und den lamentierenden Papageien kennt, und wer den Dschungel beschreibt, darf die Moskitos nicht vergessen. Sie summen um jeden in Wolken, Zehntausende, Hunderttausende.

An der Grenze, einer der "blutenden Grenzen" in South East Asia, hat es unterdessen, sozusagen entgegen dem Genfer Protokoll, "geknaht". Die Soldaten seiner Dschungel-Majestät des Königs über Laos und die Laoten - es sind Halb-Chinesen wie die Thai - hatten einen "Cut off" versucht, was bedeutet, dass sie die Versorgungswege der kommunistischen Guerillas abzuschneiden versuchten. Wie immer blieb das Unternehmen in seinen Anfängen, eben im Dschungel, stecken. Zwölf Mann von "Artüben" und elf von "Hüben" wurden getötet; einen "Schwerverwundeten" flog ein Hubschrauber ins nächste Lazarett. Der Mann hatte, es war wirklich ein Nahkampf gewesen, die Unvorsichtigkeit begangen, einem Guerilla Mao Tse-tungs seinen Daumen in den Rachen zu stecken. Worauf der derart Attackierte ihn rundweg, ohne Zaudern, abbiß. Darüber berichtet die "Bild-Zeitung" von Bangkok, "Bangkok-Post", anderhalb Spalten lang. Der abgebissene Daumen war ein Knüller. Wäre er es etwa nicht gewesen, gesetzt den Fall, das gleiche hätte sich zwischen "weiss" und "rot" in fernen - und doch in nahen - Europa ereignet? Die Flugzeit zwischen Bangkok und Frankfurt dauert nur zwanzig Stunden. (Entweder man fliegt sie fortwährend im hellen Licht des Tages - oder, je nach der Stunde des Starts - ebenso fortlaufend im Dunkel einer asiatisch-europäischen Nacht).

Irgendwie geht der Krieg in Laos zunächst weiter, obwohl der prokommunistische Prinz, Seine Hoheit Souphanouvong, den strikten Befehl der Feindereinstellung gegeben hatte; sie galt aber nur dann, falls der andere Prinz, der prowestliche Boun Oun, nicht den Waffenstillstand brechen sollte, was nach Ansicht des roten Flügelprinzen in verdammenswerter Weise mit dem Resultat von dreißig abgewanderten Helden und einem abgebissenen Daumen geschehen war.

Die Sensation aus den Dschungel verhallt - bis zur nächsten. Es wäre nicht zu verwundern, wenn zur Rache einem beliebigen Guerilla demnächst auch der Daumen abgebissen würde. Auge um Auge, Daumen um Daumen! Nach wie vor meinen es alle Laoten mit dem Kriege nicht allzuernst. Sie sind nur - so jedenfalls die "Prinzen", Boun Oun mitsamt dem "General Phoumi Nosavong" auf der einen Seite und die prokommunistische Souphanouvong neben dem neutralistischen Souvanna Phouma auf der anderen Seite - darüber erstaunt, dass irgend einer von ihnen immer wieder nicht sein Wort hält.

+ + +
Verantwortlich: Günter Markscheffel